

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

6.3.1873 (No. 55)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

55.

Preis 1 R. 18 Kr. durch die Postbezogen
1 R. 25 Kr. vierteljährlich.

Donnerstag 6. März

Insertionspreis:
die gespaltene Zeile über dem
Raum 4 Kreuzer.

1873.

* Die preussischen Gesetzentwürfe über die Stellung der Kirche zum Staat.

III.

Was nun die preussischen Gesetzentwürfe selbst anbelangt, so thut der Herr Verfasser dar, daß sie ganz mit den Gesetzen übereinstimmen, welche die Wortführer der liberalen Partei mit der ausgesprochenen Absicht fordern, das christliche Volk von der Kirche zu trennen, die Kirche selbst aber gänzlich machtlos zu machen. Es kommt dabei weniger in Betracht, ob die eigentlichen Ansichten des Cultusministers selbst in allen Punkten mit dem Ziele jener Partei übereinstimmen, — Thatsache ist nur: Mit diesen Gesetzen kann die katholische Kirche nicht bestehen.

Nach Abwehr all' der eingebildeten oder vorgeschützten Angriffe und Gefahren, die angeblich von den Katholiken ausgehen sollen, untersucht der Herr Verfasser die Zielpunkte der fraglichen Gesetzentwürfe und kommt zu dem Resultate, daß der wahre Sinn dieser Gesetzgebung kein anderer sei, als „daß sie das ganze Kirchenregiment in jeder und aller Beziehung vom Papst auf das preussische Cultusministerium überträgt.“ Es ist also vor allem das Oberhaupt der katholischen Kirche gestrichen, gemäß der Phrase, es müsse der „katholische Clerus innerlich von Mächten freigemacht werden, die außerhalb unserer Nation stehen und denen das nationale Bewußtsein darum nicht eigen sein kann.“

Es folgt die Besprechung der von den Geistlichen verlangten „nationalen Bildung“ und des Staatsexamens, Bestimmungen, die der Herr Verfasser als Rechtsbruch an den übernommenen Verbindlichkeiten Preussens bezeichnet, als eine Uebertragung der Rechte der Bischöfe auf den protestantischen Cultusminister und als eine Erschwerung des Eintritts in den geistlichen Stand. Die Aufhebung der Seminarien bedroht aber zugleich den Glauben selbst; denn wenn die jungen Theologen bei Männern ihre Erziehung und ihre Studien machen sollen, die der kath. Kirche feindlich gegenüberstehen, so liegt die Befürchtung nahe, daß Priester genug herangebildet werden, die am Katholicismus selbst Schiffbruch gelitten haben.

Was aber die „äußerliche Befreiung“ des Clerus anbelangt, so ist diese nicht einmal gegen das Oberhaupt der Kirche allein gerichtet, sondern ebenso auch gegen die kath. Bischöfe Preussens, diese sind also auch zu den „Mächten“ gerechnet, die „außerhalb unserer Nation stehen.“ Der Clerus soll von seinen kirchlichen Oberen getrennt und der Staatsgewalt überliefert werden. Und doch „steht das Recht der freien Anstellung der Geistlichen der Kirche nicht nur ihrem eigenen Wesen nach zu, sondern liegt im Wesen jeder selbstständigen Gesellschaft. Von einer Gesellschaft sagen, sie verwalte ihre Angelegenheiten selbstständig und dennoch ihr das Recht der Anstellung ihrer Beamten entziehen wollen, ist widersinnig.“ — Das absolute Veto des Staates bei Anstellung ist „der Sache nach ein unbedingtes Befetzungsrecht.“

Und ebenso ist es mit der Entfernung der Geistlichen von ihren Stellen und mit ihrer Absetzung. Auch hierüber soll also der Staat, nicht der Bischof ausschlaggebende Bedeutung haben; endlich aber soll auch die gesammte kirchliche Disciplin unter die Obhut des Cultusministers fallen und um sie sich zu sichern, legt er den Staatsbehörden eine ganz exorbitante Strafgewalt gegen die Bischöfe bei. Papst und Bischöfe sollen keine Macht mehr gegen die Rebellen in der Kirche haben: „die Kirche würde alle abtrünnigen Glieder, alle Verräther und Apostaten so lange dulden müssen, als der Staat sie beschützt; dagegen aber hätte der Staat die Befugniß, jeden wahrhaft apostolischen Bischof und Priester in jedem Augenblick zu beseitigen. Die nothwendigen Folgen dieser Bestimmungen über die Stellung der Geistlichen wären also: Trennung der Kirche von Rom; Vernichtung der bischöflichen Gewalt; innere Zerstückung und Auflösung jeder kirchlichen Autorität; volle Herrschaft des Staates über

den Clerus; unberechenbare Corruption der ganzen Kirche in Preußen.“

Diese traurigen Folgen beleuchtet der Herr Verfasser noch eingehender in einem Schlußwort, das die Bedeutung und den Geist der Gesetzentwürfe unter sucht.

Wir heben zum Schluß noch ein Wort des Prof. Friedberg hervor, welches das Ziel der national liberalen Partei klarer als alles Andere ausdrückt; er sagt: „Würde sich eine Religionsgesellschaft mit Grundsätzen, wie sie die kath. Kirche nach dem Vaticanischen Concil als Glaubensgesetze hingestellt hat, heutzutage neu bilden wollen, so würden wir es zweifellos für eine Pflicht des Staates erachten, sie zu unterdrücken, zu vernichten, mit Gewalt zu zertreten.“ Eines Commentars dazu bedarf es weiter nicht.

Preussisches Abgeordnetenhauß.

Sitzung vom 1. März. (Germania).

(Schluß.)

In der Specialdiscussion über Artikel 15 erhält das Wort Abg. Dr. Reichensperger (Koblenz). Meine Herren! Ich werde mich nach dem soeben von Seiten des hohen Präsidiums Gehörten bemühen, ebenso sehr mich innerhalb der Grenzen des Artikels 15 zu halten, wie der Herr Abg. Birchow sich innerhalb der Grenzen der beiden Artikel 15 und 18 gehalten hat (Sehr gut! im Centrum, Heiterkeit), ich hoffe dann auf gleiche Indulgenz seitens des Herrn Präsidenten.

Dieser Artikel 15 ist im Grunde die Axt, um welche sich die ganze Discussion wesentlich bewegt; er gewährt das Hauptgrundrecht den beiden großen christlichen Kirchen, um welche es sich hier handelt, und da tritt denn naturgemäß die Frage immer hervor: haben die Kirchen bis jetzt durch ihre verfassungsmäßige Existenz dem Staate irgend eine Gefahr gebracht, oder drohen sie dem Staate irgend eine Gefahr? Wenn das nicht der Fall ist, so liegt es doch, meines Erachtens, auf der flachen Hand, daß man die beiden Artikel, den Artikel 15 sowohl wie den Artikel 18, nach wie vor ruhig fortbestehen läßt. Denn bloß um der Lust an Veränderung willen wird man doch wenigstens keine Verfassungsartikel abändern. Wir haben nun in dieser Beziehung schon Vieles gehört, was die Abänderung begründen soll, und es ist denn auch das Thema seiner Natur nach ein unerlöschliches. Der Herr Abg. Birchow hat uns soeben in dem, was er ausführte, die Gründe darzulegen gesucht, aus welchen er und seine politischen Freunde eben so sehr für die Abänderung des hier in Frage stehenden Artikels, wie für die des folgenden Artikels seien. Was er er sagte, schien auf beides zu zielen; anders konnte ich es wenigstens nicht auffassen. Er hat namentlich darauf hingewiesen, daß wir uns — darin culminirte seine ganze Ausführung — daß wir uns hier in einem Kriegszustande befinden; wir seien zurückgekehrt in die Zeiten der Kämpfe der Guelphen mit den Hohenstaufen, und der Herr Abgeordnete Birchow hat für sich und seine Freunde die Rolle der Hohenstaufen übernommen. Wenn aber jemals ein historisches Gleichniß ein unglückliches war, dann war es gewiß dieses. (Sehr wahr! im Centrum.) Die Hohenstaufen, m. H., haben sich noch immer als gläubige Katholiken hingestellt; etwas Ähnliches habe ich nie aus dem Munde des Herrn Abg. Birchow gehört. Die Hohenstaufen sind über die Alpen gegangen, sie haben ihren Blick stets jenseits der Alpen gerichtet, das thun ja auch die Ultramontanen; ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Birchow sich dormalen auch zu den Ultramontanen rechnen wollte. Nur das Eine kann ich allenfalls dem Herrn Abgeordneten zugeben, daß er sich auf Friedrich II. berufen kann, welcher ebenso sich auf die Seite der Mauren gestellt hat, wie heute der Herr Abg. Birchow; wenigstens hat er mit ihnen stark coquetirt.

Der Herr Abgeordnete ist dann weiter zu der Behauptung übergegangen, daß die Moral, wenn nicht durch die Kirchen gefährdet, doch jedenfalls durch dieselben nicht repräsentirt oder gewährt sei. Schon bei einer früheren Gelegenheit habe ich an den Herrn Abgeordneten und an seine Freunde die Bitte gerichtet, uns doch einmal darzulegen, auf welchem Fundamente sie ihre Moral, ihren Sittlichkeitsbegriff aufbauen wollen, wenn nicht auf dem religiösen Fundament. (Sehr wahr! im Centrum.) So weit wir die Geschichte betraut ist, kann ich wohl sagen, daß mit den Religionen immer die Sitten gefallen sind. Bis jetzt ist mir noch kein Philosoph bekannt geworden, der eine als allgemein gültig anerkannte Moral für das glau benslose Menschengeschlecht aufgestellt hat. Noch immer erwarte ich eine Antwort auf meine Frage.

Wenn der Herr Abgeordnete gesagt hat, die Kirchen und Alles, was daran hänge, neige immer zu einer sogenannten äußerlichen Moral, so bin ich ihm in dieser Beziehung dankbar; er läßt doch wenigstens noch die Möglichkeit übrig, er scheint es sogar halbwegs anzuerkennen, daß meine katholischen Freunde und ich noch zu den ehrlichen Leuten gehören. In dieser Beziehung unterscheidet er sich vortheilhaft von einem Herrn, der vom Ministerische aus gesagt hat, seine Partei sei „die Partei der ehrlichen Leute“. Wir unsrerseits gehören nicht zu dieser Partei, es scheint uns also implicite die Ehrlichkeit abgesprochen zu sein. So weit ist der Herr Abgeordnete nicht gegangen; dafür danke ich ihm. Wenn er uns aber in Conflict mit der herrschenden Dynastie gesetzt hat, so

hat er darin ein schweres Unrecht begangen. (Sehr wahr! im Centrum.)

Ich glaube, daß Niemand mehr als wir, als diejenigen, deren heiligste Interessen wir hier vertreten, so lange wir unter preussischem Scepter stehen, mehr loyale Unterthanentreue bewiesen hat. (Sehr wahr!) Wohl zehn Mal hat Herr Birchow aus unserem Munde gehört, daß wir trotz aller Anfeindungen gegen dasjenige, was uns heilig ist, loyale Unterthanen bleiben wollen, und so hat der Herr Abg. Birchow denn kein Recht, irgend einen Verdacht, oder auch nur einen Schatten auf unsere Loyalität zu werfen. —

Es wird mir hier eben zugerufen: „Der passive Widerstand!“ Soll denn auch der passive Widerstand, das Dulden, verboten werden? Ist das die Freiheit, von der diese Herren träumen, daß, wenn man in seinem Gewissen sich sagen muß: Hier tritt ein Gottesgebot an mich heran, man darüber hinweggehen muß, um das vorübergehende, sehr oft schnell vorübergehende Staatsgebot zu erfüllen? M. H., ich habe überhaupt im Laufe unserer Debatte vielfach zu bemerken Gelegenheit gehabt, — und es hat mich tief betroffen, — daß die Herren zwischen Recht und Legalität keinen Unterschied mehr zu machen wissen. Bislang hatte man nicht von einem Legalitätsstaate gesprochen, sondern von einem Rechtsstaate. Auch der blutige Convent, m. H., war legal; auch der Convent hat auf die Gesetze hin, die er machte, ich weiß nicht wie viele unschuldige Schlachtopfer auf die Guillotine geliefert. Das war Legalität, m. H., aber war das Recht? (Sehr wahr!)

Ueberhaupt, m. H., sind Sie daran, allmählich eine tiefe Klust zu eröffnen zwischen Recht und Legalität. (Ruf: Ohol, Unruhe.) Ja, m. H., immer sprechen Sie von der Heiligkeit des Gesetzes, nie von der Heiligkeit des Rechts (Sehr wahr!) aber das Recht steht neben, oder vielmehr über dem Gesetze. Ich bin Jurist und habe während meiner ganzen Laufbahn stets gehört und geglaubt, daß die Gesetze ein Ausfluß des Rechtes sein sollen — nicht umgekehrt. (Sehr richtig!) Wenn der Herr Abg. Birchow uns sogar damit trösten will, daß die Wege, die nunmehr eingeschlagen sind und weiter verfolgt werden sollen, auf denen wir forgedrängt werden, uns zur Freiheit führen sollen, daß die neueste Gesetzgebung gegen die Kirchen der Freiheit eine immer breitere Gasse machen sollen, dann verstehe ich am allerwenigsten den Fortschrittsmann Herrn Birchow; aus seinem Munde hätte ich das wahrlich nicht hören zu müssen geglaubt. Ist das denn Freiheit, daß man ohne Urtheil und Recht die Leute aus dem Lande verbannt, daß man sie umherhert wie wilde Thiere, ohne ihnen irgend etwas auch nur vorhalten zu können, was sie gegen die Gesetze verbrochen haben? Der Herr Abgeordnete hat von fleinlichen Polizeimaßregeln gesprochen, denen wir allmählich auf jener breiten Straße der „liberalen“ Freiheit entgegen wollen. Nun, m. H., wir sind in der Lage, Ihnen Polizeimaßregeln in Hülle und Fülle vorzulegen, die gerade in Folge der neuesten Ausnahmegesetze ausgebrochen sind und über das ganze Land hin wuchern. Wenn wir es bis jetzt noch nicht gethan haben, so geschah es, weil wir glaubten, daß es wesentlich in den Reichstag gehört; wenn man uns aber hier provocirt, dann will ich wenigstens anfahren, daß die Hegererei gegen die Jesuiten, die man aus ihren elterlichen Häusern fortgejagt hat, selbst wenn sie krank waren, die man so lange gefesselt hat, bis sie meist jenseits der Landesgrenzen gehen mußten, mitunter sogar bis in's Väterliche umgeschlagen sind. Ich will Ihnen wenigstens ein Beispiel citiren, daß z. B. in Saarbrücken Nonnen von Landraths- und Bürgermeisterwegen verboten worden ist — ich mache mich anheißig, den Beweis dem Herrn Abgeordneten demüthig vorzulegen — armen Kindern im Stricken und Rähen Unterricht zu geben — wohl weil diese Nonnen möglicherweise mit Jesuiten „verwandt“ sind, oder doch jedenfalls bei dem Unterrichte in Handarbeiten den Kindern vielleicht Ultramontanismus beibringen könnten. Sind das die Wege, welche die Freiheit in Ihrem Sinne zu geben hat, m. H.? Wie gesagt, ich könnte Ihnen hunderte solcher Beispiele vorlegen, wo in der willkürlichsten Weise vorgegangen worden ist, nur um den Ultramontanen den Garaus zu machen. Sind das die Wege der Freiheit, wenn man den Lehren, ja überhaupt allen Beamten, verbietet, in gewisse kath. Gesellschaften und Vereine zu treten, die in keiner Weise das Gesetz verletzen? Auch das könnte ich belegen, es ist aber notorisch. Sind das die Wege der Freiheit, wenn man den Landwehrofficieren verbietet, solchen kath. Gesellschaften, worin die notabelsten Leute des Orts sich bewegen, anzugehören — bei Strafe disciplinirt zu werden? Auch das kann ich dem Herrn Abgeordneten nachweisen. So verhält es sich um die Freiheit, der wir mehr und mehr entgegengehen. Oder ist es etwa Freiheit, wenn man eine gewisse Presse subventionirt aus einem Fond, über welchen den Häusern des Landtages keine Rechenschaft gegeben wird und dieselbe, wie es notorisch der Fall ist, hauptsächlich dazu benutzt, um gegen die Katholiken zu hetzen? (Hört!) Und das geschieht denn auch systematisch! Ueberhaupt verdient diese gehortigte Katholikenhetze, wie sie eingeleitet ist, von allen honesten Leuten näher in's Auge gefaßt zu werden. — Ich thue darin Unrecht, wenn ich sage, sie sei großartig; sie ist so kleinlich, so erbärmlich, ja so verächtlich, daß wir kaum einen Ausbruch dafür haben. — Ist das die Freiheit, die Sie meinen? (Webhaster Beifall aus dem Centrum.) Das nehmen Männer des Fortschritts in Schutz! So weit sind wir schon gekommen — wohin kommen wir noch, wenn erst die uns vorliegenden Gesetze zur Wahrheit werden!

M. H., ich bin eigentlich zu erst geworden; aber unwillkürlich wird man fortgerissen. Ich will deswegen, da ja noch vielfach — leider noch zu vielfach — uns Gelegenheit wird, uns Luft zu machen in Bezug auf das, was uns drückt und

was, allem Anscheine nach, immer schwerer und beziehungsweise rücksichtsloser auf uns drücken wird — ich will, sage ich, dieses Thema auf sich beruhen lassen und auf das übergehen, weshalb ich mich anfänglich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet hatte.

Der Hr. Abg. Dr. Birchow hat, unter Nennung meines Namens gesagt, ich hätte den Herrn Langrand einen ganz außerordentlichen Wohlthäter der Menschheit genannt und es sei derselbe Mann vom Papste als ein getreuer Sohn der Kirche besonders ausgezeichnet worden.

Das Erstere ist meines vollen Wissens nicht wahr, das Zweite glaube ich nicht, weil ich nicht bestimmt in Abrede stellen will, wenn ich nicht auf einem ganz sicheren Boden stehe; ich weiß in letzterer Beziehung nur, daß Hr. Langrand nach Italien gekommen war, um dort Geldgeschäfte zu machen, in welche die päpstliche Curie verwickelt werden sollte. Es handelte sich um den Verkauf der Kirchengüter und wollte der besagte Hr. Langrand die Sache in die Hand nehmen, um auf diesem Wege so viel als möglich der Kirche von demjenigen zu retten — er hatte sich dazu öffentlich anheischig gemacht — was durch die revolutionären Maßregeln ihr geraubt worden war. Er wurde aber von der Curie zurückgewiesen, das habe ich in mehr als einer Zeitung gelesen; sie ging mit ihm in keinerlei Verbindung mehr ein. Daraus darf ich wohl wenigstens schließen, daß die Lobspüche und die Auszeichnungen, von denen der Hr. Abgeordnete gesprochen hat, dem Hrn. Langrand nicht ertheilt worden sind. Einen außerordentlichen Wohlthäter habe ich ihn, wie gesagt, nie genannt, wenn man ihn aber hier neben diejenigen stellen will, welche in den hohen Schichten des deutschen Grundbesitzes Rollen spielen, dann thut man ihm gewiß Unrecht. In diese Kategorie gehört er nicht. Ich kenne nämlich diese Angelegenheit genau, weil ich sie in belgischen Zeitungen stets verfolgt habe. Die großen, die allzugroßen Unternehmungen, welche Langrand in die Hand genommen hatte, würden zweifelsohne prosperirt haben, zu günstigem Ende gekommen sein, wenn nicht das „liberale“ belgische Ministerium, dessen einflussreichster Mann damals der Justizminister Bara gewesen ist, wenn nicht dieses Ministerium gewaltsam in den Gang der Geschichte eingegriffen hätte. Das ist so wahr, daß Jeder sich davon mit leichtester Mühe überzeugen kann, die Geschichte ist schon mehrmals hier aufgetaucht und uns immer vorgehalten worden, deswegen glaube ich darauf etwas näher eingehen zu sollen. Der damalige Generalprocurator des Appellhofes von Brüssel wollte in der Sache nicht verfolgen, weil er die Jurisdiction nicht für zureichend und es als einen großen Nachtheil für die Gläubiger ansah, wenn er eingreife, obgleich die „liberalen“ Journale immer heften. Wahrscheinlich mit Hilfe eines dortigen Replikantenfonds — wenn es in Belgien einen solchen gibt, woran ich zweifle — ward der „liberalen“ Presse eine aggressive Richtung gegen den Generalprocurator gegeben, ein Angreifer des Generalprocurator ward von der Presse freigesprochen, und so stürzte das Geschäft von Langrand nothwendig in sich zusammen. Nichtsdestoweniger aber haben die Gläubiger nach allen möglichen Weiterungen bei der Liquidation, trotz aller Kreuz- und Querzüge der „liberalen“ Partei gegen die langrand'schen Unternehmungen noch 70 Proc. bekommen. (Hört!) Ich möchte die großen, renommirten „Gründer“ kennen, die unter solchen Umständen noch so viel für die Gläubiger übrig gelassen hätten. Das ist das Wesentlichste der langrand'schen Geschichte, und wenn nun noch auf München verwiesen worden ist, auf die famose Affaire der Frau Spigeder, so steht in dieser Beziehung so viel fest, daß die große Mehrzahl der Mäcene dieses Unternehmens der „liberalen“ Partei angehört (hört, hört! im Centrum), und daß diejenigen kleinen katholischen Blätter, welche die Geschäfte der Frau Spigeder patronisirt haben, von der großen Mehrzahl der sog. Ultramontanen desavouirt worden sind (Sehr gut! im Centrum), wie denn auch wir diese Blätter hier bei jeder Gelegenheit desavouirt haben. Ich weiß nicht, ob der Hr. Abgeordnete vielleicht geneigt ist, für jedes Blatt, das in die Fortschrittspolkaune stößt, die Solidarität zu übernehmen; wenn nicht, so möge er auch uns nicht zumuthen, für die bayerischen Blätter ähnlicher Haltung, nur vielleicht etwas schwarzer gefärbt, uneresseits einzustehen. (Sehr gut! im Centrum.)

Was die lehtgedachte Farbe betrifft, so habe ich mich — um damit zu schließen — sehr darüber gewundert, daß der Hr. Abg. Dr. Birchow die spanischen Mauren für Schwarz erklärt hat. Ich hätte ihn für einen besseren Ethnographen gehalten. (Heiterkeit.)

Ein Schlußantrag wird gestellt und zahlreich unterstützt. Abg. Dr. Gerlach, der allein noch auf der Rednerliste steht, verzichtet auf das Wort. Damit ist der Schluß der Discussion von selbst herbeigeführt.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abstimmung bekannt.

Deutschland.

Karlsruhe, 5. März. S. K. H. der Großherzog haben unterm 27. v. M. gnädigt geruht, dem Controleur Hermann Honsell bei der Hauptverwaltung der Eisenbahn Magazine dahier, unter Ernennung zum Bergmeister, die erledigte Stelle des zweiten Beamten bei der Salinerverwaltung Dürrheim zu übertragen.

* Karlsruhe, 4. März. Das am letzten Sonntag hier berathene Statut des badischen Städtetagsausschusses lautet:

§ 1. Der badische Städtetag wird zum Zwecke der Verständigung über die für das städtische Gemeindeleben notwendigen und wünschenswerthen Reformen berufen.

§ 2. Zur Theilnahme an den Verhandlungen des badischen Städtetages sind die von den Gemeinderäthen der einzelnen theilnehmenden Städte jeweils aus der Einwohnerschaft ernannten Abgeordneten berechtigt.

§ 3. Der Städtetag wird durch den Ausschuss desselben mittelst schriftlicher Einladung an die Gemeinderäthe der theilnehmenden Städte berufen. Die Einladungen sollen rechtzeitig erfolgen und die Bezeichnung der Tagesordnung, sowie die vorzuschlagenden Resolutionen enthalten.

§ 4. Der Ausschuss wird gebildet aus den Delegirten der Gemeinderäthe von Baden, Bruchsal, Karlsruhe, Konstanz, Durlach, Freiburg, Heidelberg, Lahr, Lörrach, Mannheim, Offenburg, Pforzheim und Rastatt.

Die Zahl der Delegirten ist auf zwei beschränkt. Der Aus-

schuss wählt einen Vorsitzenden und eine engere geschäftsführende Commission, Mitglied der letztern ist der Bürgermeister derjenigen Stadt, in welcher der Städtetag getagt hat, und der Bürgermeister derjenigen, welche als der künftige Tagungsort bezeichnet wird.

§ 5. Der Ausschuss bearbeitet die dem Städtetag zu machenden Vorlagen und ernennt zu diesem Behufe die Berichterstatter. Er formulirt die zur Abstimmung zu bringenden Resolutionen. Der Ausschuss ist nur verpflichtet, solche Anträge und Abänderungsvorschläge in Betracht zu nehmen, welche die Unterstützung von mindestens einer andern Stadt gefunden haben und mindestens vierzehn Tage vor der Sitzung des Städtetags bei dem Ausschusse eingereicht werden.

§ 6. Der Städtetag ernennt seinen Vorsitzenden. Ein Stellvertreter desselben, sowie das Bureau wird auf den Vorschlag des ersten ernannt.

§ 7. Kein Redner darf mehr als zweimal über denselben Gegenstand und keiner mit Ausnahme des Berichterstatters länger als 15 Minuten sprechen.

§ 8. Abänderungsvorschläge, die in der Sitzung selbst gestellt werden, können nur mit Zustimmung der Versammlung und nur dann zur Berathung und Abstimmung gelangen, wenn solche von mindestens sechs Städten unterstützt werden. Sie sind jedenfalls in schriftlicher Fassung vorzulegen.

§ 9. Die Abstimmung erfolgt nach Städten mit „Ja“ oder „Nein“. Mehrere Vertreter einer Stadt haben den Stimmführer zu bezeichnen. Sind dieselben nicht einig, so gilt die Stimme der Majorität, es haben jedoch die dissentirenden Vertreter das Recht, ihre abweichende Ansicht zu Protokoll zu erklären.

§ 10. Der Städtetag bezeichnet den Ort seines künftigen Zusammentritts.

* Karlsruhe, 4. März. Der Telegraph nimmt bekanntlich sehr lebhaften Antheil an dem Wohlergehen der „Altkatholiken“: er berichtet uns von den Reisen, Predigten, Messen und Kindtaufen innerhalb dieser Secte. An diese Telegramme knüpfen sich dann natürlich die rosenfarbten Berichte über die riesigen Progresse der „altkatholischen Bewegung“, zugleich aber auch sehr aufbrausende Jornergüsse, wenn es manchen Leuten geht wie uns, daß sie ihre neukatholisch-kezerischen Zweifel mit etwas kühler Geringschätzung nicht zu verbergen vermögen. Am meisten Lärm wird jetzt wegen der altkatholischen Vorgänge in der Schweiz gemacht, und doch hätte man am wenigsten dort Veranlassung dazu, da die katholische Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit von der eingeschmuggelten Waare nichts wissen will und namentlich der Clerus selbst ein nicht minder standhaftes, als erhebendes Bild des Zusammenhaltens bietet wie bei uns in Baden, und zwar Verfolgungen gegenüber, die bis jetzt an Maßlosigkeit noch nirgends erreicht worden sind. Hat doch selbst Karl Vogt, wenn auch unter vielen Schimpfereien gegen die Kirche, in einem Wiener Blatte auf's Entschiedenste das gewaltthätigste geschehene Vorgehen gegen Bischof Mermillod getadelt und verurtheilt! In der Berliner Nationalzeitung aber, die man doch weder ultramontaner noch demokratischer Gesinnung wird beschuldigen können, die man vielmehr als eines der Häupter der nationalliberalen Blätter wird anerkennen müssen, lesen wir folgenden Artikel, der schwerlich in unseren badischen Amtsverköndigern abgedruckt werden wird:

„Den Kirchenconflict in der Schweiz anlangend, wird man gut thun, dem offenbar altkatholisch gesinnten Telegraphen nicht zu viel Glauben zu schenken. Die aus der Schweiz kommenden Privatnachrichten lassen gar keinen Zweifel darüber, daß die dortige katholische Bevölkerung fast durchweg infallibilistisch gesinnt ist und hinter dem Clerus steht. Wie die Dinge wirklich liegen, zeigt eine vorgestern von uns nach einem liberalen schweizer Blatt wiedergegebene Nachricht, daß von 4759 überhaupt stimmfähigen katholischen Bewohnern des Cantons Thurgau 4339 sich für den abgesetzten Bischof Vachat schriftlich erklärt haben. Und dabei ist Thurgau ein protestantischer und sehr aufgeklärter Canton; in der Binnenschweiz sieht es noch ganz anders aus. Auch im Canton St. Gallen, dem Schicksalscantone, wie man in der Schweiz sagt, wo bei einem mäßigen Uebergewicht der katholischen Bevölkerung Ultramontanismus und Liberalismus sich immer die Waage halten und wo auch am 12. Mai die Bundesreform bei 40,000 Stimmen nur mit einer Majorität von 50 angenommen wurde, macht der Ultramontanismus nach dem Zugeständniß liberaler schweizer Blätter Fortschritte, und man ist darauf gefaßt, bei den im Mai bevorstehenden Großrathswahlen eine ultramontane Mehrheit und einen Systemwechsel zu erleben. Schon aus diesem Grunde konnte es der sehr vorsichtigen Regierung von St. Gallen gar nicht einfallen, den „neuen Conflict“ zu schaffen, den uns der Telegraph vorgestern freudig meldete, um ihn 12 Stunden später als eine Erfindung zu widerrufen.“

* Karlsruhe, 5. März. Verschiedene Blätter, worunter mit ganz besonderem Nachdruck die Constanzener Zeitung, erdreisteten sich zu behaupten, daß der ehemalige Pfarrer Bernard von Kiefersfelden

sich auf dem Todtenbette nicht belehrt, sondern daß man auf ultramontaner Seite lediglich eine von ihm gemachte Geberde falsch gedeutet habe. Darauf erklärt nun Pfarrer Keiser von Tübingen, wie man in der Giff. Ztg. lesen kann:

„Es ist un wahr, daß Bernard seine Umgebung gebeten habe, etwaige geistliche Besuche von ihm ferne zu halten; un wahr, daß ich demselben meine Besuche in irgend einer Weise aufgedrängt; un wahr die lächerliche Auffstellung über Ausbeutung von Geberden desselben; un wahr sind sammt und sonders die hierauf gebauten Vermuthungen. Ich erschieß am Krankenbette des Bernard erst auf dessen ausdrückliches Ersuchen hin; ich traf ihn bei vollem klaren Bewußtsein. Der weitere Schritt, den er that, war das Ergebniß seiner eigensten und freiesten Entscheidung. Ueberhaupt halte ich den von mir an das erzbischöfliche Ordinariat München amtlich gegebenen Bericht bis ins Einzelne aufrecht.“

* Karlsruhe, 5. März. Wir erfahren mit Sicherheit, daß der Oberstaatsanwalt und Abgeordnete Kiefer in Folge von Geistesstörung nach Menau verbracht wurde. Es versteht sich von selbst, daß wir für den Zustand dieses unseres entschiedensten Gegners in diesem Lande nur das Gefühl innigsten Bedauerns haben und daß wir wünschen, es möge ihm die Gesundheit bald zurückgegeben werden.

× Aus dem Kreise Karlsruhe, 3. März. Das protestantische Wochenblatt von Heidelberg nimmt sich in der Nummer 9 vom Gestrigen der altkatholischen Sache warm an, über welche es in früherer Zeit mit bedenklichem Achselzucken urtheilte. Wir begreifen die neu auflackernde Begeisterung, denn es wäre ja nicht recht, wenn man dem Kindlein, dem man in Heidelberg die Peterskirche bereitwilligst als Wiege abtrat, seine weiteren Sympathien vorenthalten wollte, zumal Bluntzschli, der Präses des Protestantenvereins, dem Altkatholikencongress in Köln Gebatterschaftsdienste leistete. Wenn auch Michelis zur Zeit noch ein sogenannter „Messpaffe“ ist und dem Heidelberger Katechismus zufolge die „vermaledeite Abgötterei“ in den Hallen des protestantischen Domes loco Heidelberg, mit Gutheißung der protestantischen Kirchenväter, zur Ausführung bringen darf, so drückt man hiebei um so bereitwilliger beide Augen zu, als man die Ueberzeugung hat, der sogenannte Altkatholicismus passe recht gut in's protestantische Programm, der Kirche Roms den Garaus zu machen. — Die Steinbacher Vorfälle werden im Wochenblatt einfach „Pöbelezeffe“ genannt. Als seiner Zeit in Heidelberg bei dem bekannten Schulkapellkrawall ein protestantischer Pfarrer unter den ausgelassensten Schreibern sich p. firt hatte, da urtheilte das Wochenblatt ganz anders. Die dortmals aufgeführten Scandale der Liberalen waren keine „Pöbelezeffe“, sondern ein auf gesunder Anschauung ruhender Massenprotest gegen ultramontane Bestrebungen.

◊ Vom See, 4. März. Dr. Michelis wird nach dem Bulletin seines altkatholischen Kirchenblattes am See auf einige Zeit im Reiche der Ammoniter in Constanz verbleiben, um seine Schäflein dorten zu weiden. Mit den Vorlesungen vor 3 Zuhörern im großen Pandektenaal in Heidelberg ist's nun zu Ende; wie ihm dort, wo er mit einigen Hunderten begonnen, bis auf die drei, die das Collegium machen, die Massen unter der Hand zerronnen sind, so wird's ihm ganz sicher auch mit den altkatholischen Pfarrkindern in Constanz und anderwärts gehen. Uns dauern nur die armen Heidelberger Altkatholiken, die trotz ihrem brennenden Verlangen nach Messe und Predigt jetzt ganz verwaist sind, — die guten frommen Seelen. „Wer wird künftig deine Kleinen lehren —“. Uebrigens, was kann man sagen? Die Landesbase, die ärgste altkatholische Wetschwester, hat uns schon erzählt, daß Michelis Wunder wirke, — warum sollte er also nicht auch die Pastoration zu Constanz und Heidelberg zugleich, wenn auch mit den üblichen altkatholischen Kunstpausen, zuwege bringen?

◊ Vom Mittelrhein, 4. März. Verkehrte Welt! Richter halten Predigten und machen in Theologie und so werden die Aerzte Prozesse schlichten und Priester die Kranken, statt sie zu trösten, operiren müssen. In Posen verschließt man den guten Katholiken die Kirchen, und in Constanz öffnet man sie mit Gewalt Leuten, die jahrelang keine Kirche besucht haben. Im Berliner Abgeordnetenhaus wurde mit großer Emphase ausgesprochen, daß im deutschen Reiche kein Angeklagter, ohne ihn zu hören, verurtheilt werden kann, und hunderte von Eingeborenen werden ohne Untersuchung und Urtheilsspruch aus ihrem Eigenthum gewaltsam vertrieben, ohne Beweis irgend einer Schuld, nur auf

ngge Verdachtsgründe des Landes verwiesen, oder wie gemeine Verbrecher unter polizeiliche Aufsicht gestellt! Wann werden sich diese Widersprüche lösen?

× **Bruchsal, 3. März.** Es scheint, daß nunmehr die Acten geschlossen sind, in welchen die hiesige Staatspolizeibehörde in Betreff zweier Besprechungen mehrerer Katholiken in Ubstadt und Untergrombach wegen des Beitritts zum Katholikenverein die Beweise ihrer Anstrengungen um die öffentliche Wohlfahrt niedergelegt hat. Auch läßt sich beinahe sicher vermuthen, daß Hr. Geistliche Lehrer Schmidt am Progymnasium dahier wegen seiner passiven Assistentz bei der Ubstadter Versammlung ungerüft durchkommt, es müßte nur sein, daß irgendwo noch ein alter Polizeistrafaragraph oder eine vergilbte Disciplinarvorschrift auf Lager ist, wonach ein katholischer geistlicher Gymnasiallehrer selbst dann eine Rüge bekommt, wenn er cum pleno silentio einer höchst ungefährlichen Versammlung einiger kathol. Männer anwohnt. Doch — wir nehmen an: Acta sunt clausa! Wenn auch bei der ganzen angestrengten Untersuchung der Sach den Bändel nicht werth war, so muß andererseits doch anerkannt werden, daß die Staatspolizeibehörde dahier sich bemerklich gemacht hat, was immerhin in unserer gegenwärtigen freihethlichen Zeitströmung von Belang ist.

§ **Vom Main, 3. März.** (Der Geschichtschreiber Fr. Chr. Schloffer). Das Jahr 1873 scheint das Jahr der Enthüllungen zu werden. Die Brochüre „Fr. Chr. Schloffer, der Geschichtschreiber, von G. L. Kriegl, Prof. und Archivar in Frankfurt a. M., Leipzig 1873,“ welche unlängst die Presse verlassen, darf man auch in die Klasse der Enthüllungen badischer Intriguen und Geheim-Geschichten von 1844 bis 1860 rechnen. Da Kriegl, bekanntlich der Herausgeber d. h. Uebersetzer der Schloffer'schen Weltgeschichte, mit dem berühmten Heidelberger Professor sehr befreundet war, so darf man dem Lebensbilde Jenes gewiß Wahrheit beimessen. Wir folgen deshalb Herrn Kriegl bereitwillig hinter die Coullissen des kleinen Professoren-Beitheaters, das in Heidelberg und Baden spielte, denn wir hoffen da auch jetzt noch thätige Herren anzutreffen. Die beigegebenen Briefe Schloffer's verpflichten uns zu aufrichtigem Danke an Herrn Archivar Kriegl. Und wir nehmen keinen Anstand, jene Schrift und besonders die folgenden Briefe Allen denjenigen zu empfehlen, welche die badische Geheim-Geschichte und die Intriguen in Heidelberg und von dorthier kennen lernen wollen. Es sind dies folgende Schreiben: 1) von 1845 über Gerwinus. Schloffer verurtheilt dessen Schrift: „Die Mission der Deutsch-Katholiken“, und verurtheilt jene Secte ebenfalls; 2) von 1848 und 1849. Schloffer's durchaus nicht schmeichelhafte Aeußerungen über die Professoren im Parlamente, besonders Gerwinus und Dahlmann. [Wir erinnern uns, daß Schloffer in seinen Vorlesungen zu Anfang der 50er Jahre mit einem wahrhaft satanischen Hohn über das doctrinäre Professorenthum, besonders über dasjenige des Frankfurter Parlaments, herfuhr. Im Allgemeinen sprach er dieser Menschenklasse alle und jede Fähigkeit, im politischen Leben mitzuwirken, auf's Entschiedenste ab. D. Red.] 3) Sein Brief vom 27. Juni 1849 über Baden, worin er sagt: „Das ganze badische Volk würde heute wieder das Heckerlied singen, wenn die Preußen nicht wären.“ Seine Aeußerungen aus dem Jahre 1849 sind um so wichtiger, als er Heidelberg nicht verließ, während Häuffer nach Auerbach bei Darmstadt floh, aber nachher Denkwürdigkeiten über die badische Revolution schrieb. Das Stärkste ist aber das Wort Schloffer's über Deutschland und besonders Heidelberg: „Wir scheinen nach vierzigjähriger Erfahrung das deutsche Gelehrtenwesen sich überlebt zu haben, die Professoren, wie die Studenten.“ Damit stimmen wir ganz überein, auch die Professoren auf den Ministerstühlen möchten wir dazu zählen. — Aus Kriegl's Schrift geht für Jedermann klar hervor, was der Einsender dieses auch persönlich im Gespräch mit Schloffer und Gerwinus beobachtet hat, daß Schloffer sich vor Gerwinus und Häuffer fürchtete, wie vor der ganzen liberalen Partei, daß er innerlich derselben, ihren Intriguen und ihren Führern widerstrebte, aber keinen Muth hatte seine conservative Ueberzeugung auszusprechen. Es wird aber auch aus diesen Enthüllungen unwiderleglich constatirt, daß die Liberalen mit dem Namen Schloffer's ein unwürdiges Spiel getrieben und denselben für Sachen mißbraucht haben, denen er ganz fremd war, oder die er geradezu mißbilligte.

Ans **Grefeld, 28. Febr.**, wird gemeldet, daß der dortige neuprotestantische Pfarrer Herzog gegenwärtig noch ganze 17 Personen bei seinem „Sonntagsgottesdienste“ versammelt sieht. Bei seiner Einführung waren doch wenigstens 463 Leute zu-

gegen. Wie viel Neugierige waren also damals darunter? [„Letztes Aufklappen!“ D. R.]

Berlin, 4. März. Laut einer Bekanntmachung des Handelsministeriums ist die Betheiligung der Angehörigen des deutschen Reiches an der Wiener Weltausstellung sehr stark. Die 3500 preussischen Aussteller haben 15- bis 20,000 Colli zur Einsendung angemeldet und die übrigen deutschen Aussteller ungefähr eben so viele, so daß an 30- bis 40,000 Colli nach Wien zu senden sein werden. Der geordneten Auspackung und Ausstellung wegen ist zu wünschen, daß die einzelnen Transporte rasch hinter einander erfolgen. Vom Handelsminister ist zu diesem Behufe angeordnet, daß die Ausstellungs-güter in ganzen Zügen oder wenigstens in ganzen Wagenladungen versendet und im Inlande unter zollamtlichen Verschluss gelegt werden. Die Eisenbahndirectionen sind angewiesen, ihrerseits dafür zu sorgen, daß die mit Ausstellungsgütern beladenen Züge und Waggonen ohne Meldung in directem Verkehr nach Wien expedirt werden können. (R. B. Z.)

Berlin, 4. März. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ sagt, mit Bezug auf die Mittheilung des „Journal de Belfort“: „Verhandlungen über die Räumung französischen Gebietes mögen bevorstehen; unter keinen Umständen aber wird vor Ausbezahlung der letzten Milliarde Belfort geräumt werden.“

Berlin, 4. März. Den fortstrickenden Droschkenfahrer ging heute die endgültige Aufforderung des Polizeipräsidiums zu, ihre Fahrzeuge bei Weidung sofortiger Concessionsentziehung sofort in Dienst zu stellen.

Aus **Bentzen in Oberschlesien, 28. Febr.** wird der „Schles. Volksztg.“ geschrieben: „Heute Nachmittag 2 Uhr wollte der wegen Verbreitung der bekannten Bolanden'schen Brochüre zu drei Wochen verurtheilte Erzpriester Widera aus Wieszowa seine Strafe antreten. Heiteren Sinnes, als handle es sich um die Feier eines Abrahamsfestes, kommt der allgemein beliebte und geehrte Priester in der Kreisstadt an, aber in's Gefängniß darf er nicht; denn — es war in der Nacht vorher durch eine Feuersbrunst zerstört. Jetzt war guter Rath theuer. Erzpriester Widera will in's Gefängniß, aber man will ihn nicht annehmen; man rath ihm von einer kompetenter Seite, in Tarnowitz oder in Myslowitz sein Glück zu versuchen. Endlich entschließt sich der Verurtheilte für letztere Stadt; in dem Augenblick, da wir diese Zeilen lesen, hat sich gewiß schon die Kerkerthüre hinter ihm geschlossen. Soviel uns bekannt, steht morgen Herr Pfarrer Ledwoch wegen derselben Anklage vor den Schranken des Gerichtes. Ob übrigens die über Geistliche verhängte Gefängnißstrafe auf das Volk nicht nachtheilig einwirkt? Wenn unsere Priester wegen Vertheilung einiger Schriften zu solcher Strafe verurtheilt werden, erscheint denn dann die Gefängnißhaft dem gewöhnlichen Volke noch entehrend?“

Posen, 3. März. Die hiesige kgl. Regierung ist seitens des Unterrichts-Ministers aufgefordert worden, schleunigst darüber zu berichten, ob und wie viel Kreisinspektionen noch außer den bereits vorhandenen acht in dem Regierungsbezirk Posen zu errichten nöthig seien. Die Regierung hat die Errichtung von sechs neuen Kreisinspektionen beantragt.

Bremershausen, 1. März. Sämmtliche Steuerleute auf den fünf gegenwärtig hier im Hafen liegenden transatlantischen Dampfern haben gestern zu arbeiten aufgehört; jedoch werden sie wieder eintreten müssen, da sie bis Juli mit dem Lloyd in Contract stehen. Ferner striken alle im Lloyd beschäftigten Maschinenbauer, Kesselschmiede, Schmiede und sonstige Arbeiter, im Ganzen wohl 1200 Mann.

Ausland.

Wien, 3. März. Die Meldung eines Pariser Blattes über eine bevorstehende Veränderung in der diplomatischen Vertretung Oesterreichs zu Paris und London wird von gutunterrichteter Seite als ganz unbegründet bezeichnet.

Wien, 4. März. Auf die Tagesordnung für die Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses ist die zweite Lesung der Vorlage über die Wahlreform gesetzt.

Genf, 4. März. Das „Journal de Genève“ veröffentlicht ein Schreiben einer Versammlung von 300 nationalen (!) Katholiken an den Pater Hyacinth, worin derselbe eingeladen wird, nach Genf zu kommen, sowie das darauf erfolgte Antwortschreiben Hyacinth's, welcher zusagt und eine Reihe von Vorlesungen ankündigt. [Was sagt Michelis zu dem Rufe an den Gatten von Mrs. Merriman?]

Paris, 3. März. Das linke Centrum erklärte durch seine hervorragendsten Parteisprecher in der Nationalversammlung ausdrücklich, nur dann die

Einleitung des Commissionsprojectes zu votiren, wenn Thiers vorher den Standpunkt seiner Novemberbotschafts-Politik wiederhole, worauf Thiers auf Dienstag die Darlegung seines Programms versprach.

Paris, 3. März. Thiers hatte eine Zusammenkunft mit Arnim. Die Unterhandlungen mit Deutschland sind im besten Fortgange begriffen. Aus einer Aeußerung des Präsidenten der Republik gegenüber einigen Deputirten der Rechten wäre — der „Agence Havas“ zufolge — zu entnehmen, daß er morgen sich in der Nationalversammlung über die Tendenz der Botschaft aussprechen, die Gemäßigkeit der gegenwärtigen Regierungsform anerkennen, aber für die Nationalversammlung das Recht beanspruchen werde, über die endgültige Regierungsform zu entscheiden. Thiers würde ferner, so lange die Republik besteht, die Mittel zur Aufrechterhaltung der Organisation beanspruchen.

London, 3. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Petition der kath. Bischöfe gegen die irische Universitätsbill verlesen. Unterstaatssecretär Enfield erklärte auf eine Anfrage Whitwells, daß die Regierung fortfahre, einen officiellen, nicht officiellen Verkehr mit der gegenwärtigen spanischen Regierung zu unterhalten.

London, 4. März. Bei der heutigen zweiten Lesung der irischen Unterrichtsbill wurden von Gladstone Modificationen in Aussicht gestellt. — Die Metallarbeiter zu Merthyr beschloßen, die Arbeit nur in dem Fall aufzunehmen, wenn die früheren Löhne bewilligt würden.

Stockholm, 4. März. Der Herzog von Dalarna (jüngerer Bruder des Königs geb. 1831) ist heute Morgen 9 $\frac{1}{2}$ Uhr gestorben. Die Wendung der Krankheit des Herzogs, welche dessen Tod herbeiführte, trat erst heute Nacht ein, nachdem sich der Herzog noch gestern wohler gefühlt hatte.

Lissabon, 3. März. König Amadeus und dessen Familie schiffen sich gestern Abend angeblich nach Genue ein. Die königliche Familie, der Hof und die Minister gaben ihnen das Geleit. Die im Hafen liegenden portugiesischen und fremden Kriegsschiffe salutirten. Die spanischen Hofbeamten und Officiere, welche den König Amadeus hierher begleitet hatten, sind nach Madrid zurückgekehrt.

Lissabon, 3. März. Die Polizei hat einen Agenten des Arbeitervereins Fraternidade Operaria verhaftet, welcher die Tabatarbeiter zum Strike verlocken wollte. Den Blättern zufolge sucht die Polizei nach dem General Lusere.

Lissabon, 3. März. Eine italienische Fregatte, der Conte Verdi, und zwei englische Schiffe verbleiben im Tajo. Das Boot der italienischen Fregatte schlug gestern Abend um, wobei elf Matrosen ertranken.

Madrid, 2. März, Abends. Nach der „Gaceta“ sind mehrere Carlistenbanden in Catalonien geschlagen und zerstreut worden; die Bande von Ferrea hat 30 Tode verloren, darunter Ferrea selbst. Die von dem Pfarrer Santa Cruz geführten Carlisten, von welchen angeblich eine Frau erschossen wurde, werden auf das Eifrigste verfolgt. Wie „Imparcial“ vernimmt, ist in Folge ungünstiger Nachrichten aus Catalonien die Idee einer Annäherung unter den verschiedenen Elementen der Republikaner von Neuem in Anregung gebracht worden. — General Contreras fordert von der Regierung auf telegraphischem Wege die unverzügliche Organisation der Freiwilligenbataillone.

Madrid, 3. März. Dem Imparcial zufolge verweigerte eine die Carlisten in der Provinz Lerida verfolgende Truppenabtheilung ihren Officieren den Gehorsam. Eine Commission von Provinzial-Deputirten ist sofort hingereist, um die Ordnung und Mannszucht wieder herzustellen.

Saratow, 2. März. Großfürst Nicolaus Constantinowitsch ist nach Turkestan abgereist.

Washington, 4. März. Die Modoc-Indianer haben die von den Militärbehörden ihnen gestellten Bedingungen, wonach sie in Südcalifornien Wohnsitze erhalten, angenommen. — Die in Port Royal beginnende, den atlantischen Ocean mit dem Mississippi verbindende Eisenbahnlinie ist nunmehr vollendet.

Briefkasten.

Nach H. Da bekämen wir ja den nämlichen Proceß mit der nämlichen Persönlichkeit und mit dem nämlichen Ausgang wie der Pf. B., wollten wir Ihren Artikel aufnehmen. Wir haben aber wahrlich gar keinen Grund, uns für gewisse Dinge in H. aufzuopfern. Zudem ist uns nicht einmal ein Exemplar der betr. Schrift zugegangen, wie dies sonst üblich zu sein pflegt. Käsen kaufen wir nicht im Sad.

Nach **Mannheim.** Wir sind bereit, auf Ihren Vorschlag einzugehen, aber nicht in der Art der Zusendung mit jedesmaliger Francatur, das kostet zu viel; sondern daß man beiderseits auf der Post die betr. Blätter als Tauschexemplare angibt, was per Quartal 28 fr. kostet. Dies kann vom ersten April an geschehen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bissig.

